



Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND)

1. Im Naturschutz gibt es eine Finanzierungslücke von mind. 2 Mrd. € pro Jahr. Unterstützen Sie die Verstärkung des Aktionsprogramms ANK, eine neue Gemeinschaftsaufgabe mit starker Naturschutzkomponente sowie ein eigenständiges EU-Finanzierungsinstrument zur Schließung dieser Lücke?

Antwort:

CDU und CSU werden gemeinsam mit den Ländern die Finanzierung der Klimaanpassung auf solide Beine stellen und bestehende Programme und Maßnahmen mit Blick auf ihre Wirksamkeit überprüfen und anpassen.

2. Bekennen Sie sich zum bestehenden EU-Rechtrahmen für den Natur- und Artenschutz sowie zu einer ambitionierten Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Vollzugsdefizite abzubauen und effiziente Ökosystemwiederherstellung zu ermöglichen?

3. Wie werden Sie die Erreichung der EU-Schutzgebietsziele (30% bis 2030, davon ein Drittel strikt geschützt) beschleunigen und sicherstellen? Werden Sie auch die marine Raumplanung in der AWZ und im Küstenmeer der Nord- und Ostsee auf Grundlage des Ökosystemansatzes fortschreiben?

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



Antwort:

Die Fragen 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet.

CDU und CSU unterstützen Land- und Forstwirte, Waldbesitzer, Jäger und Fischer dabei, die Ökosysteme und ihre Leistungen zu erhalten. Ein Ansatz ist der Naturschutz auf Zeit, der im Einklang mit allen Nutzergruppen aufgesetzt wird. CDU und CSU machen sich zudem dafür stark, dass die Meeresschutzabkommen weiterentwickelt werden. Wir erhalten Meere als widerstandsfähige Ökosysteme und ermöglichen eine integrierte, naturverträgliche Nutzung für Transport, Energie und Militär. Gleiches gilt für das Fangen von Fischen und Meeresfrüchten. Ein besonderes Anliegen ist uns der Kampf gegen die Verschmutzung der Meere sowie gegen Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee.

4. Setzen Sie sich dafür ein, dass sämtliche Fördermittel der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik auf die einkommenswirksame Honorierung klar definierter Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft ausgerichtet und die Budgets der Öko-Regelungen sowie der Agrarumweltmaßnahmen weiter deutlich angehoben werden?

Antwort:

Wir machen uns in Brüssel dafür stark, dass das Agrarbudget gut ausgestattet bleibt für eine zukunftsfähige GAP. Die Ziele von Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherheit, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der ländlichen Entwicklung und Agrarstruktur sind für uns gleichrangig.

Unser Ziel ist zudem, die GAP für die Bäuerinnen und Bauern im Sinne von Bürokratieabbau, Transparenz und Effizienz massiv zu vereinfachen und praktikabel

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



auszugestalten. Das kann beispielsweise durch eine sinnvolle Entflechtung von Direktzahlungen und Umweltleistungen geschehen. Um ökologische Ziele zu erreichen, setzen wir auf Anreize, Vertragsnaturschutz und eine echte Honorierung von Natur- und Umweltschutzleistungen.

5. Welche Maßnahmen planen Sie, um den Tierschutz in der Nutztierhaltung zu verbessern und den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung konsequent anzugehen und finanziell abzusichern?

Antwort:

Wir unterstützen unsere Landwirte bei der artgerechten Tierhaltung für mehr Tierwohl. Wir sorgen für eine verlässliche Finanzierung tierwohlgerechter Ställe und schaffen genehmigungsrechtliche Hürden ab. Dazu sollen die tragfähigen und gesellschaftlich anerkannten Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung (Borchert-Kommission) umgesetzt und die notwendigen Mittel für Investitionen und laufende Kosten auf der Grundlage langfristiger staatlicher Verträge dauerhaft bereitgestellt werden. Uns geht es darum, den tierhaltenden Betrieben eine Zukunft zu geben. Zudem sollen Verbraucher klar und verbindlich über Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.

6. Werden Sie die Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie zu einem Kernprojekt der neuen Regierung im Interesse der Ressourcenschonung machen und sich für verbindliche Ressourcenschutz-Ziele einsetzen, um den Verbrauch von Primärrohstoffen deutlich zu senken?

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



Antwort:

Unser Auftrag als Gesellschaft ist es, mit den uns gegebenen Ressourcen schonend und effizient umzugehen. Dabei geht es um unsere wirtschaftliche Souveränität, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, um unseren Lebensstil und Wohlstand. Wir denken daher in Kreisläufen und reduzieren den Ressourcenverbrauch. Wir wollen eine verantwortungsvolle Kreislaufwirtschaft und eine Kreislaufstrategie, die es ermöglicht Stoffkreisläufe zu schließen – bei Stoffen, aber auch bei Wasser, Wärme oder Kohlenstoff. Das technologie- und materialoffene Recyclen ist uns ein Anliegen. Dazu bauen wir rechtliche Hemmnisse ab, setzen auf Modularität und innovatives Produktdesign und ermöglichen einen breiten Technologiemix. Zudem verstehen wir die aus Recycling entstandenen Wertstoffe als Rohstoffe 2.0. Sie erfüllen die höchsten Ansprüche und sind zugleich nachhaltig.

7. Die Belastung von Umwelt und Menschen durch die „Ewigkeitschemikalien“ PFAS hat kritische Ausmaße erreicht und nimmt stetig zu. Werden Sie sich für die Umsetzung des Vorschlags zur universellen Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe auf EU-Ebene einsetzen?

Antwort:

Unsere Maßgabe ist: Per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) nicht grundsätzlich verbieten. Wir schützen Gesundheit und Umwelt und sichern zudem die Verfügbarkeit notwendiger Chemikalien. Dafür verfolgen wir einen risikobasierten Ansatz. Pauschalverbote von aktuell nicht austauschbaren Stoffen, die für unsere Gesundheit, unsere Daseinsvorsorge und auch für unser Wirtschaften elementar sind, lehnen wir



ab. Wir investieren stattdessen in die Forschung für Ersatzstoffe und geschlossene Kreisläufe.

8. Der Staat trägt Verantwortung, dass Zivilgesellschaft gestalten und sich entfalten kann. Setzen Sie sich ein für die Vereinfachung des Förderrechts, mehr Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht, die Erhaltung von Verbandsklagerechten sowie erleichterten Zugang zum Freiwilligendienst?

Antwort:

Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft - zu viel Bürokratie erschwert dies aber. Perspektivisch halbieren wir die Bürokratie für das Ehrenamt und weiten die gesetzlichen Haftungsprivilegien im Vereinsrecht auf Übungsleiter aus, soweit ihre jährliche Vergütung nicht die Pauschalen übersteigt. Im Kontext des Stiftungs- und Gesellschaftsrechts prüfen wir, ob die jüngsten Reformen im Stiftungsrecht ausreichen, um eine nachhaltige nicht gewinnorientierte Unternehmensführung zu ermöglichen. Umgehungen des Gläubiger- und Arbeitnehmerschutzes wie des Steuerrechts lehnen wir aber ab. Gemeinnützigkeit ist kein Grund, den Gläubigerschutz zu relativieren. Bei Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren brauchen wir mehr Tempo. Zuständige Behörden müssen eine zügige Prüfung gewährleisten – gerade bei Bau und Infrastruktur. Oft werden Zukunftsprojekte durch Verbandsklagen boykottiert. Deshalb setzen wir uns auf EU-Ebene für die Abschaffung des Verbandsklagerechts für Infrastrukturvorhaben ein. Bis das Gesellschaftsjahr kommt, stärken wir Freiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst.